

Freie Presse, 15.10.2008

Sachsen sollen in ihren Kommunen stärker mitreden

Bündnisgrüne wollen ein Bürgerbeteiligungsgesetz durchsetzen

VON MARIO ULBRICH

Dresden. Sachsens Bürger sollen im Vorfeld kommunaler Entscheidungen stärker mitreden können. Dafür wollen die Bündnisgrünen ein so genanntes Bürgerbeteiligungsgesetz durchsetzen. Der von ihrem Chemnitzer Abgeordneten Johannes Lichdi erarbeitete Entwurf wird heute im Landtag in erster Lesung behandelt. Würde er sich durchsetzen, hätten die Sachsen Mitsprachemöglichkeiten wie in keinem anderen Bundesland.

So sollen die Bürger künftig von ihrer Gemeindeverwaltung verständliche Informationen einfordern können. Lichdi: „Nehmen wir an, eine Stadt plant den Bau einer Straße. Da können Sie zwar auch heute schon Einsicht in die Bauplanung nehmen. Doch was geschieht? Sie bekommen zehn Aktenordner voller Fachkauderwelsch vorgelegt, aus dem Laien nicht klar wird, was der Straßenbau für sie konkret bedeutet.“ Findet sich künftig jemand, der einige hundert Unterschriften sammelt, müsste die Verwaltung den Inhalt der Aktenordner auf wenigen Seiten so zusammenfassen, dass ihn nicht nur Bauplaner verstehen.

Diese Phase nennt sich Bürgerinformationsverfahren. Sollten die Einwohner mit den Auskünften nicht zufrieden sein, können sie

laut dem Gesetzentwurf der Grünen einen weiteren Schritt gehen. Gelingt es den Initiatoren, weitere Unterschriften zu sammeln, müsste der Bürgermeister eine Einwohnerversammlung einberufen, auf der alle offenen Fragen diskutiert werden.

„Die sächsische Gemeindeordnung sieht solche Versammlungen zwar ebenfalls vor, aber sie sind derzeit nur durchsetzbar, wenn zehn Prozent der Stimmberechtigten einer Kommune dafür stimmen“, sagt Lichdi. „In den zurückliegenden fünf Jahren hat es in Sachsen aber nur 48 derartige Versammlungen gegeben. Das Bürgerbeteiligungsrecht läuft derzeit also weitgehend ins Leere.“ Laut seinem Gesetzentwurf sollen Unterschriften nur noch in einer Größenordnung von 500 nötig sein.

Bleiben nach der Versammlung strittige Punkte, sollen die Initiatoren – wiederum mit einer bestimmten Zahl Unterschriften – eine so genannte Bürgerempfehlung abgeben dürfen. Der Stadtrat wäre zwar nicht an diese Empfehlung gebunden, doch die Bündnisgrünen gehen davon aus, dass die Abgeordneten den derart vorgetragenen Volkswillen berücksichtigen würden. „Wir wollen den Bürgern eine echte Chance geben, sich in Prozesse in ihrer Gemeinde einzuschalten“, sagt Lichdi.